Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

01. Juli 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac.). In der vergangenen Gemeinderatssitzung stellten die Leiterin des Remchinger Polizeipostens Sabine Schuster und Revierleiter Thomas Huber die Kriminal- und Verkehrsunfallstatistik 2023 vor. Was die Häufigkeit pro Einwohner betrifft liegt Remchingen mit 408 verzeichneten Straftaten im Jahr 2023 zwar leicht über dem Schnitt des Enzkreises, der zweitsicherster Landkreis in Baden-Württemberg ist, aber deutlich unter dem Landesschnitt. Fast zwei Drittel der Fälle konnten aufgeklärt werden.

Die 408 Straftaten liegen leicht unter dem Fünfjahresschnitt (415) für Remchingen. Ansteigend waren dabei Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (88, davon 47 mit Körperverletzung). Fast ein Viertel der Straftaten waren Diebstahlsdelikte (92, davon drei Wohnungseinbrüche). Auffallend seien in Remchingen vor allem Diebstähle aus unverschlossenen PKW, weshalb Schuster appellierte, die Fahrzeuge abzuschließen und keine Wertgegenstände darin zu hinterlassen. Ein weiteres Viertel machen Vermögens- und Fälschungsdelikte wie etwa Schockanrufe aus – mit ebenso steigenden Fallzahlen.

Sachbeschädigungen (51 Delikte) gingen dagegen stetig zurück. Beim zahlenmäßigen Rückgang der Rauschgiftkriminalität (15 Fälle in 2023) gelte es zu beachten, dass 2022 einige Abnehmer von einem Händler ermittelt werden konnten. Eine Sonderauswertung ergab, dass sowohl Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum als auch häusliche physische oder psychische Gewalt seit 2021 stetig ansteigen. Von 217 im Jahr 2023 ermittelten Tatverdächtigen waren 142 deutscher Herkunft und 45 unter 21 Jahre alt.

„Ich habe nicht den Eindruck, dass es in Remchingen an irgendeiner Stelle gefährlich wäre“, antwortete Schuster auf Nachfrage von Hans Zachmann (CDU), ob es spezielle Brennpunkte für Aggressionen gebe. Sie sehe keinen gesonderten Handlungsbedarf für den Gemeinderat, erklärte sie auf Nachfrage von Ute Praefcke (Bürgerliste), ermutigte aber, an der

Jugendsozialarbeit festzuhalten: „Auch wenn Remchingen einen anderen Trend zeigt, werden die Straftäter landesweit immer jünger."

Die Unfallstatistik zeigt in Remchingen 334 Unfälle im Jahr 2023, davon 43 mit Personenschaden – sechs Schwer- und 58 Leichtverletzte waren darunter. Huber appellierte hier insbesondere an die Anschnallpflicht, mit deren Beachtung landesweit zahlreiche Unfälle glimpflicher ausgegangen wären.

[GR Remchingen Polizeibericht]
Die Kriminal- und Unfallstatistik präsentierten Revierleiter Thomas Huber (von rechts) und Polizeipostenleiterin Sabine Schuster dem Remchinger Gemeinderat, hier mit Hauptamtsleiterin Diana Wirth und Sitzungsleiter Kurt Ebel (CDU). Foto: Zachmann

Gemeinde verzichtet auf Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet
Im abgeschlossenen Sanierungsgebiet „Ortskern Singen" sieht der Gemeinderat von einer Erhebung von Ausgleichbeiträgen entsprechend der Bodenwerterhöhung ab, da der Verwaltungsaufwand die möglichen Erträge übersteigen würde. Der Tagesordnungspunkt sorgte für Stühlerücken am Ratstisch, nachdem Klaus Fingerhut (Grüne) eine Befangenheit der Räte mit Eigentum oder Verwandten im Gebiet sah. Daraufhin setzten sich sechs Räte vom Tisch, fünf waren ohnehin abwesend. Kurt Ebel (CDU), der die Sitzungsleitung für die erkrankte Bürgermeisterin Julia Wieland übernommen hatte, war selbst betroffen und gab die Sitzungsleitung daher weiter an Fingerhut. Die Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes wird derzeit jedoch noch von der Verwaltung geprüft. Eine erneute Abstimmung ist möglich.

Weitere E-Ladesäulen in Remchingen
Einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat die Errichtung weiterer E-Ladesäulen durch die Firma SimplyCharge GmbH am Narrenplätze sowie an der Bergschule in Singen und in Darmsbach beim Kindergarten. Der Gemeinde entstehen dadurch keine weiteren Kosten. Außerdem beschloss das Gremium die Einführung eines Fahrradleasings für Mitarbeiter der Gemeinde einschließlich Eigenbetriebe.

Nach der Vorstellung einer von Gewerbetreibenden finanzierten Orts-App mit vielfältigen Chat- und Gruppenfunktionen im Frühjahr entschied der Remchinger Rat nun, lediglich die Spiegelung der demnächst neuen Gemeinde-Webseite in Form einer Web-App durch dieselbe Firma, die die neue Webseite erstellen wird, einzurichten. Dabei verwies die

Verwaltung darauf, dass man mit einer separaten Dorf-App zwei verschiedene Systeme bedienen müsse und es bereits die bestehende externe Medienplattform Remchingen-prima gebe.

Blockheizkraftwerk wird gewartet

Einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat eine große Wartung des Blockheizkraftwerks an der Neuen Ortsmitte zum Angebotspreis von rund 33.000 Euro. Zudem stimmten die Räte einem Zuschuss an den TV Nöttingen über insgesamt 4.200 Euro für den Ersatz einer bestehenden Hochsprunganlage und die Neuanschaffung von Indoor-Cycling-Rädern zu.

Bürgerliste zieht Anträge zu Kostenprüfung für Rathausneubau zurück

Wurden dem Remchinger Gemeinderat Mehrkosten beim Rathausneubau in Höhe von über sechs Millionen Euro verheimlicht? Kamen der frühere Bürgermeister und der frühere Kämmerer ihren Informationspflichten nicht nach? Diese Vorwürfe erheben die bereits im Mai von der Remchinger Bürgerliste gestellten Anträge zum Rathausneubau. Den Anträgen nahm sich der Gemeinderat nun in seiner Sitzung am Donnerstagabend an – mit jeder Menge Gegenwind für die Antragsteller und teilweise emotionalen Streitgesprächen.

Zur Vorgeschichte: Im Januar 2014 fasste der Remchinger Rat einen Grundsatzbeschluss für den Rathausneubau. Aus ursprünglich acht Millionen Euro für einen kleinen reinen Rathausneubau wurde unter Einbezug einer großen Fremdvermietungsfläche, der Tiefgarage und des Brauhauses dann im Jahr 2015 die große Variante für geplante 13,8 Millionen Euro. Unter anderem durch zeitliche Verzögerungen und Baukostensteigerungen war 2021 von 16 Millionen Euro die Rede. Jedoch war in der Sitzung am Donnerstagabend mehrfach von einem aktuellen Kostenstand von 20,3 Millionen Euro die Rede. Wie von Bauamtsleiter Markus Becker erklärt, liegt die endgültige Schlussrechnung erst Anfang 2025 vor, da noch nicht alle Leistungsphasen abgeschlossen sind.

Konkret forderte die Bürgerliste nun, die Gemeindeprüfanstalt um eine Bauausgabenprüfung zu bitten, einen unabhängigen Sachverständigen zu bestellen, um angeblich strittige Forderungen einer mit den Rohbauarbeiten beauftragten, mittlerweile insolventen Firma zu überprüfen sowie eine Stellungnahme und die endgültige Schlussrechnung des beauftragten Architekten einzuholen oder über die Verzögerung unterrichten zu lassen. Kämmerer Frank Burghardt verdeutlichte, dass die Gemeindeprüfanstalt die Baukosten ohnehin noch prüfen werde und dass die Verwaltung empfehle, den Antrag ebenso wie die übrigen abzulehnen:

„Auch die Anmerkung, dass wir mit der Insolvenz des Bauunternehmens zu tun haben könnten, ist starker Tobak und würden wir als Verwaltung aufs Schärfste zurückweisen."

„Den geforderten Unterricht haben wir schon bekommen", stellte Klaus Fingerhut (Grüne) fest und fragte: „Warum sollen wir die Arbeit von Insolvenzverwaltern der Firma übernehmen?" Er kritisierte eine viel zu große Gemengelage in den Anträgen und warf der Bürgerliste öffentliche Verleumdung vor: „Bei der Veröffentlichung solcher Verdachtsfälle sollte man erwägen, dass darauf bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe oder Geldstrafe drohen können." Der Gemeinderat selbst habe die Nachzahlungen beschlossen und von den Zahlen gewusst, befand Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung), während sein Fraktionskollege Markus Gartner verdeutlichte: „Wir gehen den Weg nicht mit, den die Bürgerliste pausenlos einschlägt, um Fehler zu suchen und den ehemaligen Kämmerer und Bürgermeister zu disqualifizieren. Das Rathaus ist gebaut, funktioniert und das Geld war offensichtlich da." Das aktuelle Ratsgremium, dessen Legislatur bald endet, habe kaum mehr Entscheidungen zum 2020 bezogenen Neubau getroffen: „Und der neue Rat soll sich um aktuelle Themen kümmern, nicht um Befindlichkeiten der Vergangenheit."

Dagegen verteidigte Ute Praefcke (BL) die wochenlange Rechenarbeit von Oechsle. Der Gemeinderat sei ein Kontrollorgan für die Bürger der Gemeinde: „Wenn statt 14, 20 Millionen verbucht werden, stehen sie für andere Investitionen nicht zur Verfügung." Während Antje Hill (SPD) der Bürgerliste empfahl, den Antrag zurückzuziehen, „bevor er von allen anderen abgelehnt wird", kommentierte Thomas Walch (CDU): „Wir haben schon so viele Stunden damit verbraten und es hat zu keiner Vernunft geführt." Der BL-Fraktionssprecher Wolfgang Oechsle habe als früherer Bürgermeister viel geleistet für Remchingen, der Antrag könne so jedoch nicht stehen bleiben. „Ich weiß nicht, warum man sich aufregt – der Antrag ist von mir schon zurückgenommen", warf Oechsle (BL) in die Diskussion ein: „Die Prüfung wird auf jeden Fall stattfinden und dann sehen wir weiter."
Julian Zachmann